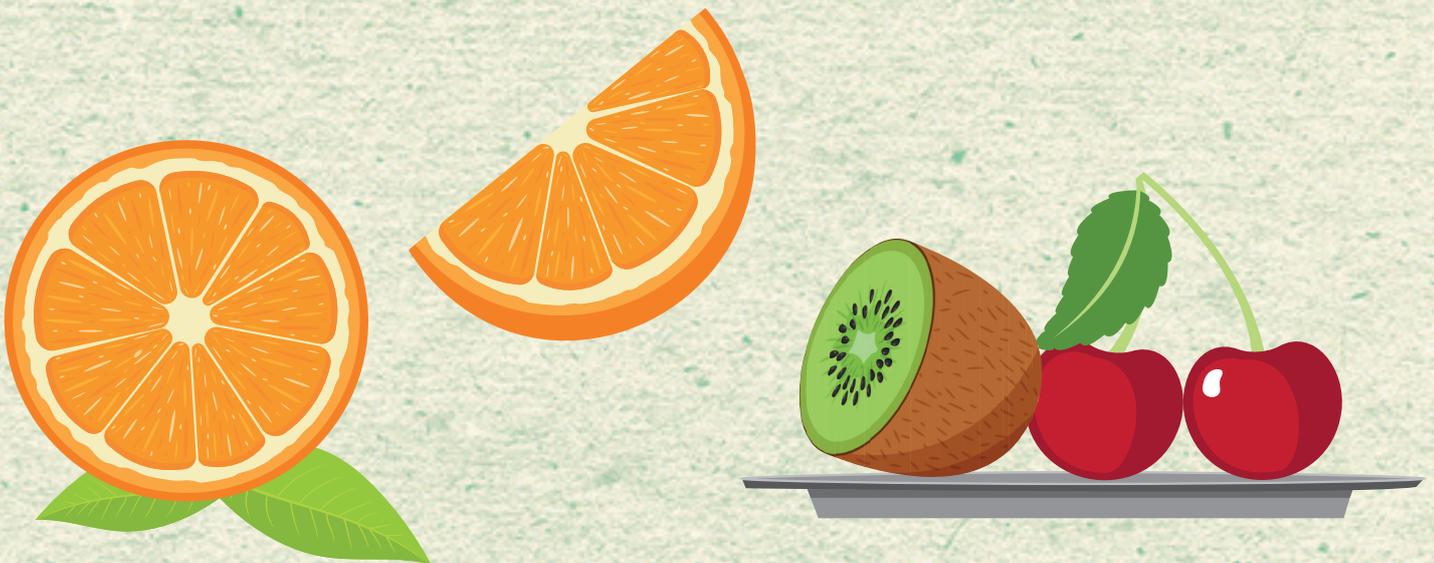


PHILOSOPHIE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

WHAT'S LEFT?

**LEBLOSE DEMOKRATIE:
DIE KRISE DER PARTIZIPATION?**



Ein Debattenbeitrag von

**Jeremias Düring, Silvia Feindt, Tom Josten und Hendrik Küpper
für den AK Philosophie der Sozialen Demokratie**

LEBLOSE DEMOKRATIE: DIE KRISE DER PARTIZIPATION?

Noch immer ist spürbar, dass die Corona-Pandemie für viele gesellschaftliche Probleme wie ein Brennglas gewirkt hat und weiterhin wirkt. Neben Missständen im Kranken- und Pflegesystem hat sie auch verdeutlicht, dass gesellschaftliche Teilhabe keine Selbstverständlichkeit mehr zu sein scheint. So waren soziale und gesellschaftliche Partizipation im Ehrenamt, in Vereinen und Initiativen wie auch die politische Mitbestimmung während der Pandemie erschwert. Die Nachwirkungen sind bis heute spürbar. Zudem zeigt die im Zuge der Corona-Pandemie entstandene Querdenker_innen-Bewegung einmal mehr, dass Teile der Gesellschaft der demokratischen Idee feindlich gegenüberstehen.

Doch nicht nur die Corona-Pandemie, sondern auch die Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine stellen die Demokratie vor große Herausforderungen. Die weltweit steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie die damit verbundene Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen zu massiven Verteilungskonflikten, die die demokratische Gesellschaft als Ganzes bedrohen. Jüngst wird seitens der Politik daher immer wieder vor sozialen Unruhen im kommenden Herbst und Winter gewarnt. Auch auf die zentralen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, wie der generationenübergreifenden und existenzbedrohenden Klimakrise, wurden politisch bisher keine ausreichenden Antworten geliefert. Die Unzufriedenheit mit demokratischen Prozessen wächst vielerorts. Außerdem erscheinen Mitsprache und politische Teilhabe vielen Menschen nur schwer zugänglich – nicht zuletzt, weil ungleiche Wahlbeteiligung und Partizipation mit sozialer Ungleichheit korreliert. Kurzum: Politik und Gesellschaft befinden sich nun seit fast drei Jahren im permanenten Krisenmodus und die repräsentative Demokratie steht unter Druck.

Spätestens seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist daher wieder verstärkt die Rede von einer „Krise der Demokratie“. Doch trifft das begrifflich den Kern der gegenwärtigen Situation? Hohe Zustimmungswerte der wesentlichen demokratischen Institutionen an sich scheinen einen anderen

Schluss nahelegen: Viel eher als eine Krise der Demokratie scheint sich momentan das Bild einer Krise der Partizipation abzuzeichnen. Diese These soll im Folgenden zunächst anhand des von dem britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch (2008) geprägten Begriffes der Postdemokratie und im Rückgriff auf aktuelle demokratietheoretische Zeitdiagnosen begründet werden. Im Anschluss daran werden Herausforderungen, Voraussetzungen und Prinzipien gelingender Partizipation diskutiert und entfaltet. Unter politischer Partizipation verstehen wir hierbei zunächst ganz allgemein das Teilhaben, Teilnehmen oder Beteiligtsein als Bürger_in an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Der vorliegende Text versteht sich als Debattenbeitrag des AK Philosophie der Sozialen Demokratie zur Reihe „What’s Left?“, in der wir Impulse aus der politischen Theorie und Philosophie sowie der dazugehörigen fachwissenschaftlichen Literatur für eine Zukunftsvision der Sozialen Demokratie fruchtbar machen wollen.¹

Die Krise der Partizipation im Lichte demokratietheoretischer Zeitdiagnosen

Um zu zeigen, dass nicht die Demokratie als Idee in die Krise geraten ist, sondern dass vielmehr ihre Ausgestaltung und das Primat der Ökonomie vor dem Primat der Politik zu kritisieren sind, entwickelt Colin Crouch (2008) den Begriff der *Postdemokratie*. In seinem gleichnamigen Buch bezeichnet *Postdemokratie* ein System, in dem demokratische Institutionen zwar formal intakt, faktisch aber durch die Dominanz wirtschaftlicher Interessen ausgehöhlt und entwertet sind. Gesellschaftliche Partizipation wird diffuser, auch durch den Bedeutungsverlust traditioneller Institutionen der Partizipation wie Gewerkschaften und Parteien. Dies wird noch weiter verstärkt, wenn Demokratie nicht nur als Herrschaftsform, sondern weitreichender als Sozial- und Lebensform verstanden wird: Obwohl auf vielfältige Weise partizipiert wird, vor allem über die sozialen Medien, kann von echter Beteiligung nur selten die Rede sein.²

Neuere Zeitdiagnosen helfen dabei, die beobachteten Phänomene einer Krise der Partizipation einzuordnen. Allein die Anzahl an fachwissenschaftlichen Publikationen aus dem Bereich der politischen Philosophie und Theorie gibt einen Hinweis auf die Relevanz dieser Thematik. So beschreibt der Frankfurter Soziologe Stephan Lessenich die Demokratie als Praxis der Öffnung und Schließung von demokratischen Berechtigungsräumen und konzipiert Teilhabe als verteilungspolitisches Problem (2019a; 2019b).

Lessenich beschreibt den Kampf um Teilhabe an demokratischen Räumen anhand von vier Achsen, auf denen jeweils verschiedene, sich überlappende Ausgrenzungslinien wirken. Auf der *vertikalen Achse* verschließt sich das Kapital gegenüber der lohnabhängigen Bevölkerung. Dieser Konflikt wiederum prägt maßgeblich die Auseinandersetzung innerhalb der arbeitenden Klasse selbst (*horizontale Achse*). Quer dazu verläuft die *dritte Konfliktachse* zwischen Staatsbürger_innen und Nicht-Staatsbürger_innen. Die vierte Achse schließlich beschreibt den grundsätzlichen Konflikt zwischen der Menschheit insgesamt gegenüber der Natur.

Auf all diesen Achsen wechseln sich Öffnungs- und Schließungstendenzen ab. Das demokratische Berechtigungsniveau wird nur scheinbar kontinuierlich ausgebaut, denn auf diesem Weg bleiben immer wieder große Teile der Bevölkerung ausgeschlossen.

Dahingegen sieht der Jenaer Soziologe Klaus Dörre die Demokratie einer finanzkapitalistischen Landnahme zum Opfer gefallen, welche die asymmetrischen Machtbeziehungen seit den 1970er Jahren erheblich verschärfte. Einen Ausweg, so Dörre (2019), bietet die transformative Demokratie, deren Kern in einer Ausweitung demokratischer Entscheidungsbefugnisse auf bisher undemokratische Felder, besonders die ökonomische Sphäre, bestehe (vgl. 43 ff.). Auf ähnliche Art und Weise argumentiert im selben Band Nancy Fraser. Allerdings analysiert sie, dass die Krise der Demokratie lediglich ein Teil einer größeren „allgemeinen Krise“ (Fraser 2019: 77) der kapitalistischen Gesellschaft sei. Jede Form des Kapitalismus sei demnach von dem Widerspruch geprägt, dass Kapitalakkumulation zwar auf staatlicher Intervention beruhe, genau diese staatliche Handlungsfähigkeit aber permanent untergrabe – die Demokratie sei deshalb notwendigerweise begrenzt.³

Es zeigt sich also, dass sich vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen bereits in diesem kurzen Blick in die Literatur unterschiedliche Herangehensweisen mit unterschiedlichen Foki zum Thema der Krise der Partizipation finden lassen⁴. Ihnen allen gemein ist jedoch, dass sie die demokratietheoretischen Herausforderungen und Probleme im Bereich der politischen und sozialen Teilhabe verorten. Wie in diesem Kontext Partizipation also neu gedacht werden und somit politische, wie soziale Teilhabe sichergestellt werden kann, soll im Folgenden mit Blick auf weitere Beiträge aus der Literatur erörtert werden.

Stephan Lessenich: Partizipation als Lebensform

Die Fokussierung auf den Begriff „Partizipation“ und die Frage, wie diese sichergestellt werden kann, zielt dabei nicht nur auf Fragen der Funktionalität demokratischer Institutionen und Prozesse ab. Mit Lessenich lässt sich Demokratie vielmehr als das Zusammenspiel gegenläufiger gesellschaftlicher Dynamiken betrachten, die miteinander verschränkt sind, auseinanderlaufen und sich wieder treffen. Partizipation könne somit als kollektiv-individuelles Recht der Bürger_innen eines demokratischen Gemeinwesens verstanden werden. Voraussetzung für eine gelingende Partizipation ist, dass sich die Partizipierenden als Gleiche und Gleichberechtigte gegenseitig anerkennen. Da diese Art der demokratischen Solidarität in Gesellschaften immer nur graduell vorhanden ist, kann Partizipation auch als Gradmesser und normative Richtschnur zur Beurteilung des demokratischen Systems dienen.

Partizipation findet immer unter bestimmten historischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen statt, die entlang von Machthierarchien verlaufen. Lessenich bezeichnet dies als „Dialektik der Demokratie“. Der Soziologe zeigt hierbei im Zusammenhang mit den oben skizzierten vier Achsen, auf denen sich der Kampf um Berechtigungsräume vollzieht, verschiedene Wechselwirkungen von Partizipation auf: Während so beispielsweise politische Partizipation über das Wahlrecht im letzten Jahrhundert progressiv ausgeweitet wurde, existieren zur selben Zeit Gegenbewegungen, die eine Ausweitung von Partizipationsrechten für Individuen, die z.B. qua fehlender Staatszugehörigkeit („Aus-Länder“) noch nicht zu einer Gemeinschaft zählen, verhindern wollen. Eine ähnliche Dialektik ist im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen zu beobachten: Lange wurde die ökologische Ausbeutung der

Natur als Mittel zum Erlangen sozialer Teilhaberechte verstanden. Der 'soziale Aufstieg' aus der Arbeiter_innenschicht war und ist an die Zerstörung von Ressourcen gebunden, die soziale Teilhabe für mehr Menschen insbesondere in Industrieländern ermöglicht. Auf der anderen Seite wird Partizipation für Menschen im globalen Süden durch Naturkatastrophen und die damit einhergehende Zerstörung der ökonomischen Lebensgrundlagen verhindert.

Diese Beispiele und die Widersprüche der Partizipation in bestehenden wohlfahrtskapitalistischen und demokratischen Systemen zeigen, dass Partizipation neu gedacht werden muss. Mit Blick auf unser Vorhaben, Impulse aus der politischen Theorie und Philosophie für eine Zukunftsvision der Sozialen Demokratie fruchtbar zu machen, lässt sich im Anschluss an Lessenich festhalten, dass es eine solidarische Grundhaltung bedarf, mit der wir anderen in alltäglichen Situationen und Entscheidungsprozessen begegnen und die als Grundlage für eine selbstbestimmte Gestaltung der individuellen Lebenswelt Geltung finden muss. Partizipation als Lebensform erfordert neue demokratische Subjektivitäten, also neue demokratische Bewusstseinsformen und Haltungen, die sich von einer anderen Seite aus kommend auch mit der Analyse von Andreas Reckwitz (2017) begründen lassen.

Andreas Reckwitz: Subjektivität versus Singularität

Reckwitz (2017) attestiert in seinem Buch *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne* spätmodernen Industriegesellschaften nicht Pluralismus als Lebensform, sondern eine Singularisierung, im Zuge derer Individuen das eigene Leben als Performance darstellen und die anderen zum Publikum der Selbstdarstellung würden. In der Spätmoderne finde dementsprechend ein gesellschaftlicher Strukturwandel statt, „der darin besteht, dass die soziale Logik des Allgemeinen ihre Vorherrschaft verliert an die soziale Logik des Besonderen“ (11). Im Zeitalter von Internet und Social Media werde das Individuum zur Kuratorin des eigenen, authentischen und besonderen Selbst. Auch vor politischen Institutionen und Parteien als Orte der Partizipation mache die Singularisierung nicht Halt. Sie geraten zugunsten von Partikularinteressen in die Defensive. Partizipation wird somit zur Lebensform, in der die Subjekte sich für das ihnen jeweils „Besondere“ einsetzen – und zwar durchaus lautstark auf der Straße, im Netz und im Alltagsleben. Um diesen singulären

Aspekten der Identität formiert sich die soziale Welt, in der verschiedene Subjekte aufeinandertreffen. Die Frage ist jedoch, inwieweit ein allgemein Soziales mit dem Anspruch der Einzigartigkeit moderner Subjekte vereinbar ist. Ist in der „Gesellschaft der Singularitäten“ noch Raum für einen allgemeinen Öffentlichkeitsdiskurs, an dem alle gleichberechtigt teilhaben können? Oder verlagert sich die politische Debatte in autonome Teilöffentlichkeiten?

Übertragen lässt sich die Analyse von Reckwitz auf neue soziale Bewegungen wie *Fridays for Future* oder die *Commons-Bewegung*. Diese betreiben eine solche Arbeit am Allgemeinen zwar. Jedoch gehören die Subjekte größtenteils demselben gesellschaftlichen Milieu an und sind somit Resultat der Singularisierung, die sie gleichzeitig zu überwinden suchen. Während sich mit Lessenich begründen lässt, dass für gelingende Partizipation neue demokratische Subjektivitäten notwendig sind, lässt sich mit Reckwitz verstehen, dass in gesellschaftlichen Singularisierungstendenzen eine zentrale Herausforderung für die Herausbildung dieser bestehen.

Nancy Fraser: Prinzipien gelingender Partizipation

Wie gelingt dann aber tiefgreifend verstandene Partizipation und wie können sich die dafür notwendigen neuen demokratischen Bewusstseinsformen auf einer solidarischen Grundlage herausbilden? Denn die Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens, das unmittelbar das Leben jedes einzelnen Individuums betrifft, verläuft nicht automatisch gerecht und gleich. Nicht alle Menschen fühlen sich einer Sache teilhaftig oder werden als wichtiger Teil anerkannt. Einige Menschen werden vielmehr sogar daran gehindert, Orte der Partizipation einzunehmen oder werden gar unsichtbar gemacht.

Um diesen diskursiven und materiellen Machtverhältnissen, die Menschen die Teilhabe als Gleiche und Gleichwertige in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verwehren, entgegenzuwirken, entwickelte die Philosophin Nancy Fraser in den letzten zwanzig Jahren eine Theorie der sozialen Gerechtigkeit. Im Mittelpunkt dabei steht das Prinzip der paritätischen Teilhabe, das sich auf mindestens drei Bedingungen gründet, damit alle erwachsenen Mitglieder einer Gesellschaft in der Lage sind, als Gleiche miteinander zu interagieren. Die drei Bedingungen zielen auf die wirtschaftliche Umverteilung, soziale und

kulturelle Anerkennung sowie politische Repräsentation ab. Diese sind zwar analytisch trennbar, müssen aber allesamt als Bedingung gleichzeitig gelten. Außerdem versteht Fraser das Prinzip der paritätischen Teilhabe als Norm, die sich auf alle wichtigen Bereiche der sozialen Interaktion bezieht, sodass die soziale Ausgrenzung als ein moralisches Unrecht verstanden wird. Dabei kann die soziale Ausgrenzung unterschiedliche Formen annehmen und auf verschiedenste Art und Weise hervorgebracht werden: (1) Im Bereich der politischen Ökonomie durch Strukturen, die sozialen Akteur_innen ökonomische Ressourcen verweigern, die benötigt werden würden, um als marginalisierte Gruppe zusammenzufinden und interagieren zu können, d.h. überhaupt eine Stimme erheben zu können und Räume zu besetzen; (2) im Bereich der sozialen und kulturellen Anerkennung, durch die systematische Abwertung und Verweigerung anderer Menschen als vollwertige Mitglieder; (3) im Bereich der politischen Repräsentation durch die politische Verfassung, die nicht allen sozialen Akteur_innen im politischen Raum die gleiche Stimme verleiht; (4) durch ein Zusammenwirken der drei Bereiche, wenn wirtschaftliche, kulturelle und/oder politische Strukturen die Teilhabe hindern (vgl. Fraser 2010).

Und nun? Drei Vorschläge für gerechte und inklusive Partizipation

Dieser Analyse Frasers schließen wir uns an und verwenden diese als Grundlage für unsere weiteren Überlegungen. Denkt man über Prinzipien gelingender Partizipation nach, so müssen diese Prinzipien im Anschluss an Fraser also auf wirtschaftlicher, kultureller und politischer Ebene mit den dort herrschenden Exklusionsmechanismen brechen. Exemplarisch möchten wir im Folgenden drei Vorschläge anführen, die nicht nur Symptome behandeln, sondern auf struktureller Ebene wirken.

1. Mehr ökonomische Gleichheit, weniger soziale Hierarchien

Ein erster Vorschlag bezieht sich auf die Neujustierung des Verhältnisses von Lohnarbeit in Bezug zur Sorge- und Reproduktionsarbeit. Oftmals sind es Frauen, die von politischer Partizipation ausgeschlossen werden, weshalb es einer stärkeren Gewichtung und Gleichverteilung von kultureller und politischer Arbeit bedarf, sodass letztlich die Zeit gegeben ist, sich als Teil des Politischen zu verwirklichen und zu entfalten.⁵ Zudem muss die Neujustierung

von Lohnarbeit der bestehenden systematischen Abwertung anderer Menschen oder sogar der Verweigerung, sie als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anzuerkennen, entschieden entgegnet werden. Hierzu muss die Aneignung von Arbeit auch vor dem Hintergrund des Rassismus beleuchtet werden, der ein Verhältnis struktureller Herrschaft einführt, das rassifizierte Menschen unterdrückt und ausbeutet. Partizipation kann demnach nur effektiv sein, wenn einerseits für mehr ökonomische Gleichheit gesorgt wird, was andererseits mit dem Aufbrechen sozialer Hierarchien einhergeht.

2. Bildung und demokratische Mündigkeit

Ein zweiter Vorschlag bezieht sich darauf, dass kulturell besonders im Bereich der Bildung Strukturen geschaffen werden müssen, welche die Globalziele der politischen Bildung – Mündigkeit, Autonomie und Emanzipation – in den Fokus rücken. Demokratiebildung in diesem Kontext darf nicht nur als Bildung *über* die Demokratie *für* diese erfolgen, sondern muss auch durch Demokratie und partizipative Handlungsformen eingeübt werden. Oder in den Worten von Oskar Negt (2004): „Ich glaube, dass Bildung unter unseren Verhältnissen deshalb eine existenzielle Notwendigkeit hat, weil Demokratie die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss“ (197). Angeleitet werden sollten demokratisch-politische Bildungsprozesse hierbei durch die folgenden drei Aspekte: Philosophieren sollte als Kulturtechnik (vgl. Martens 2013) verstanden werden, die zur Kritikfähigkeit, Persönlichkeitswerdung und zu einer empathisch-reflexiven demokratischen Identität befähigt. Demokratie sollte als Lebensform im Sinne John Deweys (1916) aufgefasst werden, was ein gemeinschaftliches Bewusstsein voraussetzt. Und schließlich ist eine Orientierung an Habermas' Ideal des Diskurses, der Gleichheit und die Abwesenheit von Herrschaft kontrafaktisch unterstellt, sinnvoll. Partizipationsprozesse können auf diese Weise auf ein Fundament gestellt werden, wenngleich dieses Fundament Ressourcen voraussetzt, die ein besser ausgestattetes Bildungssystem sowie ein stärkeres Bemühen um Bildungsgerechtigkeit notwendig werden lassen. Bildung kann nicht zuletzt dabei helfen, dass Demokratie nicht als naturwüchsig verstanden wird und so die motivationale Grundlage der Partizipation stärken. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass (politische) Bildung als Daueraufgabe verstanden wird, insbesondere wenn Menschenfeindlichkeit und Autoritarismus, bei denen die Gleichwertigkeit von Menschen nicht anerkannt wird, nachhaltig bekämpft und verhindert werden sollen (vgl. Achour 2021). Dieser zweite Vorschlag

greift aber nur, wenn auf politischer Ebene Orte der Partizipation geschaffen werden.

3. Mehr Räume für inklusive Partizipation

Unser dritter Vorschlag betrifft daher die politische Ebene und knüpft an die Überlegungen des amerikanischen Soziologen Erik Olin Wright an. Dieser diskutiert in seiner Monografie *Reale Utopien* (2017) unter anderem die Frage, wie sich mehr „gesellschaftliche Ermächtigung“ (221) innerhalb eines demokratischen Staates realisieren ließe. Einer seiner Vorschläge ist das sogenannte Modell der „ermächtigten demokratischen Regierungstätigkeit“ (ERP-Modell) (ebd.), das er in der Auseinandersetzung mit der partizipativen städtischen Haushaltsplanung in Porto Alegre entwickelt. Das grundlegende Ziel des ERP-Modells besteht darin, den Bürger_innen durch verschiedene Maßnahmen möglichst viele Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen (siehe Infokasten).

In Anlehnung an Wright sind insgesamt sieben Elemente für eine gelingende Partizipation innerhalb demokratischer Verfahren zentral. Partizipation sollte, laut Wright, nach einem Bottom-Up-Prinzip erfolgen. Die Partizipierenden sollen nicht nur die Möglichkeit bekommen, ihre Ansichten zu öffentlichen Angelegenheiten zu äußern, sie sollen zudem auch direkt in die Entscheidungsfindung mit eingebunden werden (1). Dabei soll sich pragmatisch an konkreten Problemlösungen orientiert werden (2) und die Entscheidungsfindung sollte so weit wie möglich durch Deliberation im Geiste des Habermasschen zwanglosen Zwang des besseren Argumentes erfolgen (3). Als weitere wichtige Faktoren gelingender Partizipation sieht Wright die Dezentralisierung von Entscheidungen (4) auf „lokale Handlungseinheiten“ (237) sowie die Rekombination von zentralisierten und dezentralisierten Entscheidungsverfahren (5). Die dezentralen und deliberativen Elemente der Entscheidungsfindung gilt es dabei durch die höheren staatlichen Instanzen fest und dauerhaft zu institutionalisieren (6). Nur dann könne Wright zufolge eine „organisierte Gegenmacht“ (240) dazu beitragen, soziale Machtgefälle gerade gegenüber hegemonialen Kapitalinteressen auszugleichen und die Beteiligung aller Bürger_innen an demokratischen Prozessen dauerhaft zu sichern (7).

Im Anschluss an Wright plädieren wir auf politischer Ebene folglich dafür, dass demokratische Innovationen möglichst so gedacht und konzipiert werden müssen, dass sie aus sich heraus oder im Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen und Innovationen möglichst viele, vielfältige und inklusive Partizipationsmöglichkeiten schaffen.

Was sich zunächst abstrakt anhört, wird derzeit in der Zivilgesellschaft immer wieder adressiert. Besonders die Idee der Bürger_innenräte als neue Form politischer Partizipation

scheint hier zu verfangen. Dies zeigt sich unter anderem durch den zivilgesellschaftlichen und überparteilichen Think & Do Tank „Es geht LOS“, der sich für zufallsbasierte Bürgerbeteiligung und deren Verstärkung einsetzt sowie durch das Modellprojekt des Bürgerrats „Deutschlands Rolle in der Welt“, das vom Verein „Mehr Demokratie e. V.“ gemeinsam mit anderen Institutionen von Januar bis März 2021 durchgeführt wurde. Die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) hat darüber hinaus mit Verweis auf den Koalitionsvertrag auf Bundesebene noch für dieses Jahr erneut zufällig geloste Bürger_innenräte angekündigt. Und auch die von Wolfgang Merkel, Filip Milačić und Andreas Schäfer (2021) durchgeführte und von dem Regionalbüro für internationale Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Studie zeigt, dass Bürger_innenräte, die als Instrument zur deliberativen und kollektiven Meinungsbildung ideengeschichtlich auf die erste Demokratie im antiken Griechenland zurückgeführt werden können, als Komplemente in der repräsentativen Demokratie mit Blick auf die Partizipation großes Potential entfalten können.

Fazit

Durch unseren kurzen Beitrag haben wir zu untermauern versucht, dass bei der gegenwärtig diagnostizierten Krise der Demokratie die Demokratie nur vermeintlich in der Krise ist. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass vielmehr die Partizipation innerhalb unserer repräsentativen Demokratie in die Krise geraten ist. Wie dargelegt wurde, sind die Gründe dafür vielfältig und komplex. Vieles deutet darauf hin, dass Machtverhältnisse und die entgrenzte kapitalistische Wirtschaftsweise dazu beitragen, die Lebensform der Partizipation zu beeinträchtigen. Wie unsere Diskussion der verschiedenen Perspektiven auf (gelingende) Partizipation zeigte, gibt es viele Analysen, die unsere Diagnose einer Krise der Partizipation stützen. Teilt man diese Diagnose, so lautet die weiterführende Frage: Was ist zu tun, damit Partizipation wieder gelingen kann? Die drei diskutierten Vorschläge, die jeweils unterschiedlich stark auf kultureller, politischer und ökonomischer Ebene wirken, zeigen, wie es theoretisch funktionieren könnte. Doch wie sagte schon Kant: „Theorie ohne Praxis ist leer, Praxis ohne Theorie ist blind“. Es gilt, diese und andere Vorschläge gelingender Partizipation im Sinne eines demokratischen Experimentalismus praktisch zu erproben und hieraus Rückschlüsse auf mögliche Verbesserungen der Theorie zu ziehen.

Endnoten:

[1] Ein großer Dank gilt auch Carla Dondera und Jan-Philipp Siebold, die sich durch kritische Anmerkungen und konstruktive Vorschläge ebenfalls an der Erstellung dieses Papers beteiligt haben.

[2] So beschreiben auch Patrizia Nanz und Claus Leggewie (2016), dass die durch soziale Medien entstandenen Echokammern die „gemeinschaftliche Willensbildung mit Andersdenkenden“ verhindere (336).

[3] Ähnliche Prozesse beschrieb schon Jürgen Habermas in den 1980er Jahren als „Kolonisierung der Lebenswelt“ (Habermas 1981).

[4] Darunter auch stärker polarisierende Positionen. So stellt etwa Dirk Jörke (2019) zur Diskussion, dass das fundamentale Problem demokratischer Partizipation mit Blick auf die EU auch in der Größe des politischen demos gesehen werden könne. Dementsprechend könne nur durch die Rückbindung der Politiker:innen an ihre Wähler:innen auf Basis eines gemeinschaftlichen Diskurses und größerer sozialer und kultureller Ähnlichkeit wirkliche Partizipation geschaffen werden.

[5] Ähnlich argumentiert auch die Soziologin und Philosophin Frigga Haug (vgl. Haug 2008).

Literaturverzeichnis:

Achour, Sabine. „Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung.“ In *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter, herausgegeben von Andreas Zick und Beate Küpper, 311–29. Bonn: J.H.W. Dietz, 2021.

Crouch, Colin. *Postdemokratie*. Übersetzt von Nikolaus Gramm. Deutsche Erstausgabe Edition. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 2008.

Dewey, John. *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. [1916]. Weinheim: Beltz, 2000.

Dörre, Klaus. „Demokratie statt Kapitalismus oder: Enteignet Zuckerberg!“ In *Was stimmt nicht mit der Demokratie?: Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa.*, herausgegeben von Hanna Ketterer und Karina Becker, Originalausgabe Edition., 21–51. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2019.

Fraser, Nancy. „Injustice at Intersecting Scales: On ‘Social Exclusion’ and the ‘Global Poor’“. *European Journal of Social Theory* 13, Nr. 3 (1. August 2010): 363–71. <https://doi.org/10.1177/1368431010371758>.

Habermas, Jürgen. *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 1 u. 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 1981.

Haug, Frigga. *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*. 2. Aufl. Hamburg: Argument Verlag, 2008.

Jörke, Dirk. *Die Größe der Demokratie: Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation*. Originalausgabe Edition. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2019.

Leggewie, Claus und Nanz, Patrizia. „Stärkung der Demokratie durch Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung?“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 26, Nr. 3 (1. November 2016): 335–41. <https://doi.org/10.1007/s41358-016-0060-1>.

Lessenich, Stephan. „Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus“. In *Was stimmt nicht mit der Demokratie?: Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa.*, herausgegeben von Hanna Ketterer und Karina Becker, Originalausgabe Edition., 121–38. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2019.

---. *Grenzen der Demokratie: Teilhabe als Verteilungsproblem*. Ditzingen: Reclam, Philipp, jun. GmbH, Verlag, 2019.

Martens, Ekkehard. *Methodik des Ethik- und Philosophieunterrichts. Philosophieren als elementare Kulturtechnik*. Hannover: Siebert, 2003.

Merkel, Wolfgang, Milačič, Filip und Schäfer, Andreas. *Bürgerräte. Neue Wege zur Demokratisierung der Demokratie*. Hg. durch das Regionalbüro für internationale Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wien, 2021.

Negt, Oskar. „Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen“. In *Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung.*, herausgegeben von Klaus-Peter Hufner, Kerstin Pohl, und Imke Scheurich, 196–213. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 2004.

Reckwitz, Andreas. *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*. 5. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2017.

Wright, Erik Olin. *Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus*. Übersetzt von Max Henninger. Deutsche Erstausgabe edition. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2017.

Fazit

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

HERAUSGEBERIN: Friedrich-Ebert-Stiftung
Demokratie, Gesellschaft & Innovation

KONTAKT: Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung,
Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation
alina.fuchs@fes.de

GESTALTUNG: Typografie/im/Kontext

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© 2022 • Friedrich-Ebert-Stiftung • www.fes.de

Über die Autor_innen

Jeremias Düring (*1994) studierte Germanistik und Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Er ist derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Graduiertenkolleg „Transformationen von Wissenschaft und Technik seit 1800“ an der Bergischen Universität Wuppertal beschäftigt. Dort arbeitet er an seiner Dissertation mit dem Titel „Pluralism in Economic Thought? On Scientific Pluralism and its Implications for Contemporary Economics“.

Tom Nathaniel Josten (*1996), hat Politikwissenschaften an der der University of St Andrews, der Sciences Po Paris und zuletzt an der Freien Universität Berlin (M.A.) studiert. Derzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag.

Silvia Feindt (*1993) studierte Philosophie, Germanistik und Anglistik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und dem University College London. Sie arbeitet derzeit als Referentin für Forschungs- und Wissenschaftspolitik im Land Brandenburg und absolviert berufsbegleitend einen Master of Public Policy (MPP) an der NRW School of Governance.

Hendrik Küpper (*1997) studierte Politische Bildung und Philosophie/Ethik an der Freien Universität Berlin (M. Ed.). Er ist Redakteur der perspektivends – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, arbeitet derzeit als Vertretungslehrkraft am Humboldt-Gymnasium in Eichwalde und bereitet eine Promotion im Bereich der Politischen Bildung vor.

Der AK Philosophie der Sozialen Demokratie ist ein unabhängiger, loser Zusammenschluss von an politischer Praxis interessierten politischen Theoretiker:innen und Philosoph:innen, die Impulse aus der politischen Theorie und Philosophie sowie der dazugehörigen fachwissenschaftlichen Literatur für eine Zukunftsvision der Sozialen Demokratie fruchtbar machen wollen. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung begeben wir uns in regelmäßigen Abständen während der Debattenreihe „What’s Left?“ auf die Suche nach einer zeitgemäßen linken Gesellschafts-utopie.

